

heute vor 97 jahren



28. Juni 1914: Attentat in Sarajevo. Der bosnische Student Gavrilo Princip ermordete den österreichischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Frau Sophie; das Attentat löste Instabilität in Europa und den Ersten Weltkrieg aus. Unmittelbar nach den Schüssen wurde Princip verhaftet. Foto Keystone

briefe

Mehr Nachtfluglärm nur in Héisingue

Nachtflüge vor allem im Elsass; BaZ 24.6.11

Der Titel dieses Beitrags ist irreführend, denn er suggeriert, das Elsass sei stärker vom Nachtfluglärm des EuroAirports (EAP) betroffen als die Schweiz. Die Statistik des EAP zeigt jedoch Folgendes: Der mittlere Lärmpegel über 24 Stunden mit besonderer Gewichtung des Nachtfluglärms (Lden) ist nur im kleinen Dorf Héisingue höher als in Allschwil mit seinen rund 20'000 Einwohnern. In allen anderen Elssässer Gemeinden ist er tiefer. Zudem finden die Nachtflugbewegungen im Elsass vor allem über dem dortigen Hardtwald und weiteren dünn besiedelten Gebieten statt. Die Flüge zwischen 23 und 24 Uhr sowie zwischen 5 und 6 Uhr haben auf Schweizer Seite 2010 im Vergleich zum Vorjahr von 112 auf 260 zugenommen.

Folglich werden wir in zwei von drei Nächten zwischen 23 und 24 Uhr oder zwischen 5 und 6 Uhr aus dem Schlaf gerissen. Damit nicht genug – der EAP und die Basler Regierung wollen die «Tagesrandverbindungen» noch weiter ausbauen (BaZ 3.1.11). Wir hoffen sehr, der Landrat werde die mit 57 zu 18 Stimmen überwiesene Motion für eine Nachtflugsperrung von 23–6 Uhr, wie sie in Zürich gilt, in der bevorstehenden Abstimmung aufrechterhalten. Auf Schweizer Seite wohnen rund 80 Prozent der betroffenen Bevölkerung im Kanton Baselland, und der Fluglärm ist etwa in Allschwil wesentlich lauter als in Basel. Übrigens fordern auch betroffene Elssässer Gemeinden die Ausdehnung der Nachtflughöhe auf 23–6 Uhr.

Madeleine Göschke-Chiquet, Binningen, Präsidentin Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen

TGV-Anschluss als Schreckensvision

Beim Bahnanschluss des EAP, wie er zur Realisierung per 2017 vorgeschlagen wird, geht es nur um die Anbindung des Regionalverkehrs mittels Regio-S-Bahn und TER. Damit sollen Personentransporte von und zum Flughafen vereinfacht, Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Verkehr gefördert und Arbeitswege der Angestellten am EAP erleichtert werden. Ein Bahnanschluss für den Hochleistungsverkehr wäre nach Eröffnung der LGV Rhin-Rhône Ende 2011 nur noch bedingt sinnvoll, zumal dann die Fahrzeit Basel–beziehung-

weise Mulhouse–Paris unter drei Stunden betragen wird. Wird aufgrund eines nicht zur Debatte stehenden TGV-Bahnanschlusses mit der «Schreckensvision» eines sich dem EAP erschliessenden Raums von 3,5 Millionen Einwohnern Stimmung gemacht, verkennt man, dass das Einzugsgebiet schon heute rund vier Millionen Einwohner umfasst. Auch den rund 6500 Beschäftigten am EAP dient eine regionale Bahnbindung mehr als ein TGV-Bahnanschluss.

Thomas Burckhardt, Basel

Sparen auf dem Buckel der Kinder

Sparpaket Baselland; BaZ diverse

Das Image der Lehrerinnen und Lehrer scheint derzeit so schlecht, der Neid auf diese Berufsgruppe so gross, dass mit Sparmassnahmen im Schulbereich eine Verschlechterung der Ausbildung der Kinder und Enkel in Kauf genommen wird. Kränkt eine Privatbank, spritzt der Bund 68 Milliarden in diese Firma, schreibt der Kanton rote Zahlen, werden Steuern gesenkt, und man spart bei Ausbildung, Erziehung und Betreuung der nächsten Generation. Bleibt zu hoffen, dass von ihrem Arbeitgeber im Stich gelassene Dorfschulmeisterlein trotzdem weiter engagierte Kinder zu weisichtigeren Erwachsenen erziehen, als es die amtierende classe politique ist.

Urs Meyer, Muttenz

Ein falscher Volksentscheid

Der Staatshaushalt von Baselland ist in ein strukturelles Defizit gerutscht – Folge bürgerlicher Finanzpolitik. Die Baselländer haben in der Abstimmung vom 4. März 2001 die Erbschafts- und Schenkungssteuern für direkte Nachkommen abgeschafft. Im damaligen Abstimmungsbüchlein schätzte der Regierungsrat den jährlichen Steuerausfall für den Kanton auf 22,5 Millionen Franken und jenen für die Gemeinden auf weitere 7,5 Millionen. Das Entlastungspaket will nun zwischen 2012 und 2015 jährlich 45 Millionen Franken sparen, etwa mit Erhöhung von Pensen unterbeschäftigter Lehrkräfte und Streichung der kaufmännischen Vorbereitungsschule und weiterer überflüssiger schulischer Brückenangebote. Der vom Bildungswesen zu leistende Sparbeitrag entspricht der Summe, die dem Kanton durch den Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuern entgeht. Bildung oder steuerbefreites Erben für Bürger, die etwas zu erben haben? Der damalige Volksentscheid war wohl falsch.

Stephan Wottreng, Birsfelden

Ausstieg zu wenig gut vorbereitet

Erneuerbare Energien; BaZ diverse

Es war erfrischend, die Beiträge der Professoren Franz-Karl Reinhart und Silvio Borner zum Thema Ausstieg aus der Kernenergie zu lesen – als Gegenpol zur Flut von schwärmerischen, spekulativen Beiträgen und Analysen der Ausstiegsbefürworter. Es ist erstaunlich, wie viele Politiker plötzlich zu Energieexperten mutiert sind, ohne das kleine Einmaleins der Physik zu berücksichtigen und zu verstehen. Die oben erwähnten Beiträge eines renommierten Physikers und eines erfolgreichen Nationalökonomens behandeln das Problem wissenschaftlich fundiert und realistisch.

Der schnelle, zu wenig gut vorbereitete angekündigte Ausstieg aus der Kernenergie hätte unter anderem negative Folgen bezüglich der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung der Kernspaltungs- und Fusionstechnologie an unseren Hochschulen. Diese Sparte ist wichtig für die Garantie einer ökologisch verantwortbaren Energieproduktion in der Zukunft. Diese Woche wurde in Frankreich der Grundstein für den «Iter» des Kernfusions-Versuchsreaktors gelegt. Bei einer Verteuerung von Treibstoffen auf 40 Franken pro Liter und der Verdoppelung der Preise für Heizgas und Öl, wie vorgesehen, würden die Linken und die Gewerkschaften mit Streiks für höhere Löhne antworten und so die Produktionskosten der Industrie weiter ansteigen lassen.

Die Abwanderung der einschlägigen Industrie und das Lachen der französischen durch Kernenergie gestützten Wirtschaft wären uns sicher. Wir würden in eine wirtschaftliche Situation abgleiten, ähnlich der heutigen in den Ländern wie Griechenland, Irland und Portugal. Wir hoffen auf Vernunft und Abstützung auf die Naturwissenschaften und die erprobten Technologien in dieser entscheidenden Frage.

Christoph Tschärner, Biel-Benken

Indirekte schädliche Einwirkungen

Und schon wieder ist ein Damm gebrochen; BaZ 24.6.11

Eggar Sutter argumentiert in seinem Gastkommentar damit, dass bei Staudammunfällen in den USA im Laufe der letzten 40 Jahre schon 488 Personen gestorben sind. Dagegen seien aber in den USA, inklusive dem Three-Mile-Island-Unfall 1979, keine Menschen umgekommen. Seiner Logik folgend sind die Dämme für die Stauseen viel gefährlicher, und schliesslich schreibt er, gäbe

es keinen risikofreien Strom für die Schweiz. «Man» solle also weniger emotional und mehr den Zahlen gehorchend entscheiden. Ich bin sehr damit einverstanden, dass wir mit Fakten argumentieren sollen. Nur, was in der oben beschriebenen Logik vollkommen fehlt, sind eben die indirekten schädlichen Einwirkungen an Mensch, Tier und Umwelt. Ganz abgesehen davon, dass bei einem GAU im Atomkraftwerk Mühleberg die Städte Bern, Neuenburg und Murten inklusive deren Umgebung wahrscheinlich für bis zu 100 Jahre nicht genutzt werden könnten. Was das für einen zusätzlichen wirtschaftlichen Schaden verursachen würde, können wir alle nicht berechnen.

Deshalb sind AKW-Unfälle nicht versicherbar. Also bitte nicht versuchen, die Gefahren zu verharmlosen. Deshalb keine weiteren AKW mehr in der Schweiz – der geordnete Atomausstieg ist zu planen und umzusetzen.

Paul R. Hofer, Oberwil, FDP

Schlecht für die Ausgewogenheit

Suter & Widmer: Ex und hopp; BaZ 24.6.11

Mit Bedauern und mit Unverständnis habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Rubrik «suter & widmer» zum letzten Mal erschienen ist. Meiner Meinung nach (ich bin eine BaZ-Leserin der ersten Stunde) ist dies ein Verlust für die Basler Zeitung. Der Dialog der beiden Autoren regte zum Nachdenken an über die Themen der Umwelt, über die Politik sowie über die Alltagsphilosophie. Mir erscheint dies als Verlust an «Grün» und als Rutsch nach «Rechts», was ich im Sinne einer Ausgewogenheit der einzigen Basler Tageszeitung als nicht wünschenswert erachte.

Isolde Schmid, Basel

An die Leserinnen und Leser der Basler Zeitung

Über nicht veröffentlichte Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Kurze Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Für deren Inhalt sind die Verfasser verantwortlich. Bitte senden Sie die Leserbriefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen) mit dem Internet-Formular. Vielen Dank.

<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
BaZ, Leserbriefe, 4002 Basel

Archiv Galgenkrieg

Von Lukas Meili

Ob es Bildungsfragen betrifft, wirtschaftliche Belange oder den öffentlichen Verkehr – die Zusammenarbeit zwischen Basel und der restlichen Nordwestschweiz funktionierte wahrscheinlich noch nie so gut wie heute. Hätte man einem Basler Bürger im 15. Jahrhundert derartige Zukunftsperspektiven prophezeit, wäre man wahrscheinlich am Galgen gelandet. Um einen solchen ging es nämlich in dem Konflikt zwischen Basel und Solothurn, der Ende Juni 1531 fast zu einem Krieg zwischen den beiden Orten geführt hätte. Aber der Reihe nach.

Basel und Solothurn waren zum Ende des 15. Jahrhunderts erbitterte Rivalen. Während Basel seine Herrschaft nach Süden stetig auszubauen suchte, wollte Solothurn sein Gebiet nach Norden hin ausdehnen. Im Sissgau mussten sich die beiden Orte also unweigerlich in die Quere kommen. Basel nämlich wählte sich, nachdem es vom Bischof die Landgrafschaft Sissgau erworben hatte, als oberster Gerichtsherr über das heutige Baselbiet sowie einige heutige Solothurner Gemeinden wie etwa Dornach, Tuggingen, Hochwald, Seewen und Gempfen.

Doch die Besitzverhältnisse waren offenbar alles andere als eindeutig, weshalb Solothurn die oberste Gerichtsherrschaft über diese Gebiete am Juranordhang sich selber zuschrieb. Als Machtdemonstration errichtete es deshalb in Gempfen kurzerhand einen Galgen – das Symbol des Hochgerichts. Das war eine unglaublich provokative Geste, die man sich in Basel vom altgläubigen Solothurn als Allerletztes



Macht. Der Galgen war Abschreckung, Symbol für das Hochgericht, aber auch für die Gebietshoheit.

gefallen lassen wollte. Die eben erst vollzogene kirchliche Spaltung trug offenbar noch einiges zur Verschärfung des Konflikts bei.

Der Basler Rat reagierte umgehend und befahl dem Liestaler Schultheissen Burkhard Hug, den Galgen wieder niederzureissen. Mit 48 Knechten, darunter acht Büchenschützen, zog dieser am frühen Morgen des 29. Juni 1531 gegen Gempfen hinauf. Dort schlugen sie den Galgen kurz und klein, «so dass kein Stück über drei Schuh lang blieb», wie Hug es später dem Basler Rat schilderte. Danach liess er die Büchenschützen noch ihre Gewehre abfeuern, «damit man höre, das der galgen nicht heimlich oder nachts, sondern heitern tags umgeworfen und zerhauen worden sei».

Solothurn seinerseits liess das nicht auf sich sitzen und schickte noch am selben Tag mehrere Hundert Soldaten über den Passwang. Zu einem Krieg kam es aber glücklicherweise nicht, weil die eidgenössischen Orte intervenierten. Da die katholischen Stände in der Abstimmung die Mehrheit bildeten, beschlossen sie, ohne Basel anzuhören, die Wiederaufrichtung des Galgens in Gempfen. Basel musste einlenken, stand aber nicht ganz als Verlierer da, denn Solothurn gestand der Rheinstadt zumindest das hohe Gericht in Nunningen östlich des Bachs zu. Zudem durfte Solothurn mit dem definitiven Vertrag vom Dezember 1532 in Gempfen bloss noch mit dem Schwert richten – der streitbare Galgen wurde deshalb nie mehr aufgerichtet.